

Editorial

Die Zeit seit dem Sonderkreistag am 13. April war in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich. Schon dieser Kreistag selbst fiel aus dem Rahmen, wurde er doch einberufen, um dem Taxigewerbe im Landkreis eine Reaktion auf die stark gestiegenen Kraftstoffpreise zu ermöglichen. Aber auch danach konnte die Kommunalpolitik nicht in den gewohnten Bahnen verlaufen. Wir müssen vielmehr mit den Wirkungen und Nachwirkungen verschiedener Krisen umgehen.

Da ist zunächst die alles dominierende Frage des Krieges in der Ukraine und seiner Wirkungen auf unser Leben. Dann sind da noch die Folgen der Corona-Pandemie und der Afrikanischen Schweinepest, die viele Menschen im Landkreis sehr schmerzhaft betreffen. Und schließlich sind da noch die kommunalen Probleme des täglichen Lebens, wie der Dauerstress durch die Verkehrsbelastungen in Erkner und Neu Zittau – um nur eines zu nennen.

Alles diese Dinge wirken auf die Menschen im Landkreis. Wir werden deshalb darauf eingehen und uns dabei auf unsere Aktivitäten im Kreistag und seinen Ausschüssen und darüber hinaus konzentrieren. Für weitere Informationen verweise ich auf die Homepage des Landkreises mit dem Bürgerinformationssystem des Kreistages (<https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/info.php>).

Dr. Artur Pech
Fraktionsvorsitzender

Zwischen den Kreistagen

Die Linksfraktion, der Frieden und die Kommunalpolitik

1982 beendete ich meine Dissertation über die Frage, wie sich die Bundesrepublik Deutschland den Krieg vorstellt¹, mit einem Zitat aus den Lenin-Werken. Da ist nachzulesen:

„Kriege liegen ... im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militär-technische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.“²

Nun war das Lenin und von dem wollen viele heute nichts mehr hören. Aber wer deshalb meint, er habe zu aktuellen Ereignissen nichts mehr zu sagen, bekundet bestenfalls Unkenntnis.

Denn dieser Text wurde vom internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart 1907 beschlossen.³ Und da hatte ihn August Bebel eingebracht.

Dieser Text war dann auch gemeint, als Karl Liebknecht 1914 zur Begründung seiner Ablehnung der Kriegskredite anführte:

„Die Ablehnung der Vorlage war nach meiner Überzeugung geboten durch das

Parteiprogramm und die Beschlüsse der internationalen Kongresse. Ich bin verpflichtet, im Sinne des Parteiprogramms und dieser Beschlüsse zu wirken.“⁴

Er war der Einzige Abgeordnete, der sich nach dem Verrat der Mehrheit der Führung der deutschen Sozialdemokratie im Reichstag dazu bekannte.

Das ist auch all jenen ins Stammbuch zu schreiben, die heute meinen, die aktuellen Probleme der Linken seien dadurch zu lösen, dass sie mit einer Stimme spricht.

Mit welcher Stimme? Mit der Stimme der Vaterlandsverteidiger, der Verteidiger der „westlichen Werte“ – wie es heute heißt – oder mit der Stimme von Karl Liebknecht? Mit der Stimme derer, die im Bundestag die Ablehnung von Rüstungsexporten forderten⁵ oder mit der Stimme, die dem 100-Milliarden-Rüstungsprogramm als Bekundung der Solidarität mit der Ukraine Beifall klatschte?⁶

Und noch einmal Karl Liebknecht 1914: „Die deutsche Parole „Gegen den Zarismus“ diente – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole „Ge-

Die menschliche Antwort auf Krieg



ist nicht Krieg,
sondern
Frieden. **PDS**

Plakat der PDS aus dem Jahr 2002

gen den Militarismus“ – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren.“⁷

Aus „gegen den Zarismus“ ist „gegen Putin“ geworden. Die heutige LINKE befindet sich in großer Gefahr, den Weg der Führung der deutschen Sozialdemokratie von 1914 zu gehen. DIE LINKE muss auf allen Politikfeldern – darunter auch auf dem Feld der Kommunalpolitik – gegen den Krieg kämpfen.

⁷ Karl Liebknecht, Zu Liebknechts Sonderabstimmung, Abstimmungsbegründung, a.a.O. S. 63

¹ Das Kriegsbild in der BRD. Militärverlag Berlin 1983

² W. I. Lenin, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie. in: Werke Bd. 15 Berlin 1963 S. 188

³ Internationaler Sozialisten-Kongress, Stuttgart 1907 vom 18. bis 24. August, Verlag: Buchhandlung Vorwärts Berlin 1907 S. 85

⁴ Karl Liebknecht, An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Berlin, den 3. Dezember 1914. In: Karl Liebknecht, gesammelte Reden und Schriften, Band VIII, August 1914 bis April 1916, Dietz Verlag Berlin 1972, S. 65

⁵ Kein Eintritt Deutschlands in den Ukraine-Krieg – Ausbildung an schweren Waffen in Deutschland beenden und künftig ausschließen, Antrag der Abgeordneten Zaklin Nastic, Ali Al-Dailami, Sevim Dagdelen, Susanne Ferschl, Dr. Gregor Gysi, Andrej Hunko und der Fraktion DIE LINKE. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1753, 11.06.2022

⁶ Bodo Ramelow, junge Welt 07.06.2022 S. 4

Da gilt noch immer das Wort von Karl Liebknecht: „Deutschland ... hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muss deren eigenes Werk sein.“⁸

Friedens-/Kriegsdebatten

Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine wird sehr vielschichtig diskutiert und argumentiert. Da geht es um

- moralische,
- (geo)politische,
- (völker)rechtliche
- militärische/militärtechnische und schließlich auch um
- ökonomische Beurteilungen.

Alle diese Aspekte sind zu beachten. Wer sein Urteil aber isoliert aus einem dieser Faktoren ableitet, wird dem Problem nicht gerecht. Dies ist vorwegzuschicken, bevor auf einige ausgewählte Probleme einzugehen ist, die uns in der Kommunalpolitik schon eingeholt haben oder in nächster Zeit noch einholen werden.

Schon der preußische General Carl von Clausewitz kam vor rund 200 Jahren zu dem Schluss, „der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, daß dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört, nicht in etwas ganz anderes verwandelt wird, sondern daß er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch seine Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient“.⁹

Wir haben es danach auch seit dem 24. Februar 2022 nicht mit etwas völlig neuem, sondern mit der Fortsetzung der bis dato betriebenen Politik zu tun. Das gilt für Russland, das gilt für die Ukraine

aber ebenso auch für die USA, die NATO, die EU und des Bundesrepublik Deutschland. Sie alle betreiben keine völlig neue, völlig andere Politik, sondern sie setzen ihre seit vielen Jahren eingeschlagene Politik fort.

Bisher ist der Schießkrieg weitgehend auf das Territorium der Ukraine begrenzt und USA/NATO/EU/Bundesrepublik Deutschland beschränken sich in ihrer Mitwirkung am Schießkrieg auf militärtechnische Dienstleistungen für die Ukrainischen Streitkräfte sowie auf Waffenlieferungen und die Finanzierung der ukrainischen Kriegführung. Damit verbunden werden „Sanktionen“ gegen Russland, die durchaus die Bezeichnung Wirtschaftskrieg verdienen. Aus diesem Vorgehen resultieren mehr und mehr Wirkungen, die auch die Menschen in unserer Region immer mehr betreffen.

Im Februar kündigte die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock vollmundig an, Deutschland sei bereit, dafür einen hohen Preis zu zahlen. Der hohe Preis ist schon jetzt allgegenwärtig in Form von Inflation, Lieferengpässen, Geldnöten bei ärmeren Menschen.

In Milliardenhöhe lasten die Folgen des Krieges und des Wirtschaftskrieges auf unserem Land. Durch Gasmangel und explodierende Preise für Energie droht ein Kollaps unserer Wirtschaft, eine dauerhafte Inflation, das Zusammenbrechen der sozialen Sicherungssysteme, steigende Krankenkassenbeiträge etc. Darunter leidet insbesondere der ärmere Teil der Bevölkerung.

Unsere Fraktion hat sich deshalb besonders für die Unterstützung der vom Krieg betroffenen Menschen engagiert. Dafür steht unsere Initiative zur Unterstützung der Tafeln im Landkreis. Alle Solidarität gilt den Menschen, die vor dem Krieg fliehen mussten.

Zugleich lassen wir uns nicht für die hinterhältige Ungleichbehandlung ge-

flüchteter Menschen vereinnahmen, wie sie im Wechsel der Zuständigkeiten für die aus der Ukraine Geflüchteten aus dem Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes in den der Grundsicherung (Hartz IV) zum Ausdruck kommt. Die Verbesserung der Bedingungen für diese Menschen ist damit verbunden, die Hartz-IV-Keule noch wirksamer zu schwingen, wenn die aus der Ukraine geflüchteten hierzulande arbeiten dürfen, die aus Kurdistan, Syrien, Afghanistan ... aber nicht.

Auch das ist Teil der hierzulande gängigen Politik des „Teile und Herrsche“. Da war, ist und bleibt Widerstand angesagt.

Und schließlich haben die Menschen in der Region in wachsendem Maße die Folgen des Wirtschaftskrieges zu tragen – an der Zapfsäule, mit den Heizkosten, mit dem drohenden Verlust des Arbeitsplatzes, wenn Gas und Öl wegbleiben.

Da geht es dann nicht um einen warmen Pullover für das Wohnzimmer im kalten Winter, da geht es um die Existenz. Wer annimmt, das würde an den Kommunen vorbeigehen, der ist mindestens naiv.

Selbst dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, seiner Finanzministerin und seinem Wirtschaftsminister ist im Juni 2022 aufgefallen, dass die Menschen in Brandenburg in wachsendem Maße die Kosten des Wirtschaftskrieges bezahlen müssen – und die Hilfszusagen des Bundes sind bisher ein Muster ohne Wert. So ist selbst dem brandenburgischen Wirtschaftsminister aufgefallen, dass der Stopp der Verarbeitung von russischem Öl in Schwedt nicht durch Sanktionsbeschlüsse der EU gedeckt ist. Das hat die Bundesregierung ganz alleine zu vertreten. Die Folgen werden dann nicht nur in Schwedt eintreten – sie werden auch die Menschen in Oder-Spree treffen.

Egal ob Schieß- oder Wirtschaftskrieg: Es zahlen immer die kleinen Leute. Wenn sie das nicht wollen, müssen sie sich wehren.

⁸ Ebenda.

⁹ Carl von Clausewitz, Vom Kriege. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, Berlin 1957, S. 728

Sonderkreistag Landwirtschaft am 1. Juni 2022

Der Sonderkreistag des Landkreises Oder-Spree zur Landwirtschaft hatte eine längere Vorgeschichte. Die reicht bis in das Jahr 2020 zurück. Seither war er mehrfach geplant, wegen widriger Bedingungen jedoch mehrfach verschoben worden. Da spielten Corona und auch die „Afrikanische Schweinepest“ (ASP) eine Rolle.

Nun hatten die Landwirte des Landkreises Gelegenheit, ihre Probleme darzustellen. Aus der Sicht der Linksfraktion ist besonders auf die Wirkungen der Afrikanischen Schweinepest einzugehen.

Gundula Teltewskaja hat als von der LINKEN nominierte Dezernentin für Länd-

liche Entwicklung im Landkreis Oder-Spree ein gemeinsames Schreiben der im Land Brandenburg von der ASP betroffenen Landkreise an den zuständigen Bundesminister initiiert. Schließlich kämpfen die Landkreise im Osten Brandenburgs bereits mehr als 550 Tage ununterbrochen und sehr intensiv gegen diese Seuche.

Bereits im März 2022 hatte sie eine effektive Unterstützung des Bundes eingefordert.

Die größten Hindernisse haben die schweinehaltenden Betriebe innerhalb der Restriktionsgebiete zu verkraften. Sie sind Hauptbetroffene der ASP-Bekämp-

fungsmaßnahmen, werden aller im Tiergesundheitsgesetz nicht als Anspruchsberechtigte aufgeführt. ASP-bedingte Mehrkosten beim Transport werden derzeit durch Brandenburg nur nach einer Minimalregelung erstattet. Das reicht bei weitem nicht aus.

Da wir im Landkreis letztlich für den Erhalt der Gesundheit der Schweinebestände in ganz Deutschland und Westeuropa arbeiten, erwarten wir eine stärkere Unterstützung für die betroffenen Schweinehalter. Dies sollte durch direkte Transferzahlungen in Form von Ausgleichszahlungen, Überbrückungshilfen

und Entschädigungen erfolgen. Sonst ist die Abwärtsspirale bei der Schweinehaltung nicht mehr aufzuhalten.

Gab es hier im Jahre 2010 noch 111 Schweinehaltungen mit knapp 45.000 Schweinen sind es jetzt noch 76 Haltungen mit rund 11.600 Schweinen. Und jetzt gehen die von den Betrieben zu tragenden Schäden im Zuge der Bekämpfung der ASP in die Millionen.

Die regionalen landwirtschaftlichen Unternehmen sind für uns ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Wenn es ernst gemeint ist mit der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen, sollte alles getan werden, um dieses wichtige Standbein sowohl zur Schaffung von Arbeitsplätzen als auch für die sozio-ökonomische Bedeutung in den Gemeinden/Kreisen zu erhalten. Hinzu kommt in der jetzigen Zeit auch die Notwendigkeit der Absicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Die Schweinehalter brauchen eine Perspektive.

Bei folgenden Problemfeldern ist Unterstützung dringend geboten:

- Ausgleich von Verlusten auf Grund behördlicher Anordnungen und deren Konsequenzen (bspw. Besamungsverbot, Aufstallungsanordnungen, Entzug Genehmigung für Freilandhaltung, Abkennung Öko-Qualitätsstandards ...),
- Ausgleich von Mindererlösen auf Grund fehlender Teilverwertung und Abzügen bei Überschreiten der optimalen Schlachtgewichte,
- Hilfe für Ferkelerzeuger durch Ausgleich von Mindererlösen,
- Ausgleich von Mehraufwendungen wegen längerer Einstalldauer (bspw. erhöhte Futterkosten, Energie, Abzüge wegen überschwerer Schweine),
- Förderung einer vorübergehenden Teilbetriebsstilllegung,
- Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher regionaler Schlachtkapazitäten,
- Hilfe bei Investitionen zur Verbesserung des Tierwohls.

Die Möglichkeiten der Unterstützung durch den Landkreis sind unter den gegebenen Bedingungen sehr begrenzt. Notwendig sind sachgerechte Regelungen in der Gesetzgebung des Bundes.

Auch der Sonderkreistag zur Landwirtschaft kam ohne eingübte Rituale bei der Behandlung von Anträgen der Linksfraktion nicht aus.

Wir hatten bereits im Jahre 2020 einen Antrag zur Förderung des Hanfanbaus eingebracht und diesen Antrag im zuständigen Ausschuss des Kreistages auf die Tagesordnung gesetzt. Mit Blick auf seine Behandlung im beabsichtigten Sonderkreistag zur Landwirtschaft hatten wir ihn dann zurückgestellt und nun wieder aufgerufen. Es spricht für sich, wenn dieser Antrag jetzt in den Ausschuss verwiesen wurde. Er wird bei seiner Behandlung im Kreistag im Herbst zwei Jahre alt geworden sein..

Der Juni-Kreistag am 8. Juni 2022

Die Linksfraktion brachte für den Juni-Kreistag drei Initiativen ein:

Hilfe für die Tafeln im Landkreis Oder-Spree

Es gibt für die Tafeln im Lande derzeit eine außerordentlich bedenkliche Dynamik. Die jüngst exorbitant steigenden Lebensmittelpreise, spürbare Einkommensverluste als Folge der Corona-Pandemie und die Fluchtbewegung vor dem Krieg in der Ukraine haben zu einer deutlich wachsenden Nachfrage an den Tafeln geführt und gleichzeitig die Beschaffung zu verteilenden Produkte schwieriger und aufwändiger gemacht.

Bei den Kostensteigerung für den Tafelbetrieb war die Verdoppelung der Kraftstoffpreise ein wesentlicher Posten. Dies gilt insbesondere für die GefAS mit Hauptsitz in Erkner und darüber hinaus Tafeln in Beeskow, Storkow und Fürstenwalde. Da sind ständig Entfernungen zu überbrücken und diese Kilometer kosten Geld.

Die steigenden Lebensmittelpreise haben eine mehrfache Wirkung: Einmal wird es schwieriger/aufwändiger die erforderlichen Lebensmittel einzuwerben. Die höheren Preise bewirken, dass immer mehr Menschen auf die Tafeln angewiesen sind. Und schließlich bewirken auch die aus der Ukraine geflohenen Menschen einen größeren Zulauf zu den Tafeln. Im Ergebnis kam es zur Schließung von Tafeln, an einzelnen Tafeln zu Aufnahmestopps oder zur Auslosung der Teilnahme.

Das hatte die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree bereits Ende März

zu einem Dringlichkeitsantrag für die Unterstützung der Tafeln im Landkreis veranlasst.

Eine Mehrheit des Kreistages betrachtete dieses Problem jedoch sowohl am 6. April als auch am 13. April noch als nicht dringlich. Deshalb konnten wir den Antrag erst zum Kreistag am 8. Juni auf die Tagesordnung bringen. Da war die Behandlung des nunmehr ordentlichen Antrages der Fraktion nicht mehr zu verhindern.

Festzustellen ist auf den politischen Ebenen ein extrem unterschiedliches Herangehen. Für die Landesebene titelte die MOZ einen größeren Artikel über die Unterstützung der Tafeln: „Klare Absage aus Potsdam“.



Im Kreistag Oder-Spree lief es letztlich deutlich anders. Da wurde die Brisanz des Problems erkannt. Der Weg dahin war allerdings auch mit Stolpersteinen gepflastert.

Im März hatten wir beantragt, die Tafeln in Erkner, Fürstenwalde Beeskow und Storkow mit je 10.000 € zu fördern und die Notwendigkeit einer entsprechenden Förderung für die Tafel in Eisenhüttenstadt zu prüfen.

In der ersten Fassung des Antrages sollte die Verwaltung beauftragt werden, Mehrkosten zu ermitteln. Das hat sie danach dankenswerter Weise auch getan.

Da die Kreisverwaltung jedoch offenbar Schwierigkeiten mit dem Umgang mit dem Antrag der Linksfraktion hatte, hat sie danach zum gleichen Gegenstand eine eigene Vorlage eingebracht. Dieses Vorgehen ist mir in fast einem Vierteljahrhundert im Kreistag erstmalig begegnet.

Unser Antrag vom 29. März sollte der gesamten Entwicklung Rechnung tragen. Die von der Verwaltung ermittelten Mehrkosten beschränken sich auf einen Teil der Mehrkosten (hauptsächlich die Entwicklung der Kraftstoff- und Energiepreise).

Um Streitigkeiten über die Feinheiten der Berechnung zu vermeiden, haben wir diesen Ansatz übernommen, denn die Tafeln brauchen schnell Hilfe, um im Landkreis Oder-Spree Entwicklungen wie in Cottbus, Oranienburg oder Strausberg - und ich nenne hier nur die nächstgelegenen Fälle - zu vermeiden.

Nunmehr hat der Kreistag beschlossen, die von der GefAS in Erkner, Beeskow, Storkow und Fürstenwalde betriebenen Tafeln mit insgesamt 20.900 €, den CARISatt-Laden Fürstenwalde (Caritas) mit 1.900 € und die Tafel Eisenhüttenstadt (GEM) mit 2.400 € zu unterstützen. Das ist in Summe etwa die Hälfte der von uns ursprünglich beantragten Summe und deckt etwa die Hälfte der von der Kreisverwaltung ermittelten Mehrkosten ab.

Aber immerhin: Anders als die Landesregierung sind die Kreisverwaltung und der Kreistag bereit, den Tafeln dringend notwendige Hilfe zu erweisen.

Bei der Unterstützung der Tafeln im Zuge der Krise 2015/2016 hatte die Be-

handlung eines entsprechenden Antrages der Fraktion sich von Februar bis November hingezogen – dieses Mal dauerte es „nur“ von März bis Juni.

Ohne den bereits im März eingebrachten Antrag der Linksfraktion hätte es diesen Kreistagsbeschluss nicht gegeben.

Schuldnerberatung im Landkreis auskömmlich finanzieren

In einer durch die Linksfraktion veranlassten Anhörung im Sozialausschuss war am 3. Mai 2022 deutlich geworden, dass Pandemie und Preisentwicklung zu wachsenden Ansprüchen an die Schuldnerberatung führen. Gleichzeitig war in den letzten Jahren die Finanzierung der Schuldnerberatung reduziert worden.



Quelle:

1. Der Bedarf an Schuldnerberatung hat sich im Gefolge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, unter anderem der Preissteigerungen quantitativ erhöht;
2. Die qualitativen Anforderungen an die Schuldnerberatung haben sich erhöht, die Fälle werden komplexer und stellen höhere Anforderungen an die Qualität der Beratung;
3. Der finanzielle Aufwand für die Sicherstellung der Schuldnerberatung durch die Träger hat sich vergrößert;
4. Die Finanzierung der Schuldnerberatung hat sich verringert.

Die LIGA war in der Anhörung am 3. Mai 2022 zu dem Schluss gekommen: „Pflichtaufgaben wie die Schuldner- und Suchtberatung sollten unabhängig von der Richtlinien auskömmlich finanziert werden, ein Eigenmitteleinsatz kann nicht vorausgesetzt werden

- Eine Sozialplanung sollte Bedarfe möglichst vorausschauend ermitteln, um die Rahmenbedingungen für die Daseinsvorsorge den Bedarfen anzupassen

- Eine Dynamisierung der Finanzierung analog der Tarifsteigerungen des TVöD würde eine gleichbleibende Personalausstattung gewährleisten
- Finanzierung von Verwaltungskosten würde die Sozialarbeiter* innen von Büroarbeiten entlasten und die Effizienz der Beratung steigern.“

Die Träger bemühten sich, der Vergrößerung der Differenz zwischen dem wachsenden finanziellen Aufwand für die Schuldnerberatung und der Verringerung ihrer Finanzierung durch den Landkreis zu begegnen durch:

- a) Verringerung der Zahl der für die Beratung tätigen Personen;
- b) Kosteneinsparungen beim in der Beratung tätigen Personal (Einsatz von kostengünstigerem Personal, durch Verzicht auf qualifiziertes Personal (Ersetzung von Juristen durch Sozialarbeiter bzw. Verwaltungskräfte).

Diesem Zustand muss abgeholfen werden. Damit dies in der erforderlichen Qualität erfolgen kann, ist rechtzeitig vor der Aufstellung des Haushalts der finanzielle Bedarf in Abstimmung mit den Trägern zu ermitteln und im Entwurf des Haushaltes einzustellen.

Auf Antrag der Linksfraktion hat nun der Kreistag die Kreisverwaltung beauftragt in Vorbereitung des Haushaltes 2023 eine gründliche Kostenermittlung durchzuführen und eine auskömmliche Finanzierung der Schuldnerberatung sicherzustellen.

Antrag zur Reform des Kita-Rechts in Brandenburg

Seit Monaten arbeiten Vertreter der Kommunen, der Eltern, der Träger und des Landes an einer dringend notwendigen Reform des Kita-Rechts in Brandenburg.

Antrag zur Reform des Kita-Rechts in Brandenburg

Ziele dieser Reform sind unter anderem eine höhere Rechtssicherheit, die Definition von gemeinsamen Standards und eine deutliche Entbürokratisierung. Damit würden alle Beteiligten von einer solchen Reform in erheblichem Maße profitieren. Eine Verschiebung der Reform verschärft hingegen die Probleme des Kita-Rechts in unserem Land und ist demnach abzulehnen.

Wir hatten einen Ergänzungsvorschlag der SPD-Fraktion übernommen. Der Kreis-

tag hat dann die Landesregierung aufgefordert, den Prozess zur umfassenden Reform des Kita-Rechts in Brandenburg umgehend fortzusetzen.

Antrag Projektentwickler 020/ Fraktionen (Prioritätenliste)

Der Kreistag hatte sich in der Vergangenheit mehrfach damit auseinandergesetzt, dass die Realisierung der von ihm für die Investitionen beschlossenen Prioritätenliste nur schleppend vorankommt. In den entsprechenden Beratungen war deutlich geworden, dass ein Grund dafür in der fehlenden Kapazität für die Bearbeitung der entsprechenden Projekte sowohl beim Landkreis als auch bei den Kommunen liegt, in denen die jeweiligen Investitionen erfolgen sollen. Mit einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen FDP/B-J-A/BVFO, DIE LINKE, CDU und SPD wurde deshalb der Landrat beauftragt, zur Beschleunigung der Umsetzung der Projekte aus der Prioritätenliste einen Projektentwickler schnellstmöglich auszuschreiben und einzustellen. Der Projektentwickler soll insbesondere die vorgesehenen Schulneubauten an der Schnittstelle zu den Gemeinden, vorbehaltlich deren Planungshoheit, aktiv begleiten und Zeitverluste durch Abstimmung mit Kreisbehörden und anderen Trägern öffentlicher Belange auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren.

Nachschlag zum April-Kreistag

Auf Initiative der Linksfraktion hatte der Kreistag im April 2022 nochmals seine Forderung nach einer Verkehrslösung für die Umfahrung Erkner/ Neu Zittau bekräftigt. Auf ein entsprechendes Schreiben des Landrates wurde aus dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr nun geantwortet. Da heißt es: „Informationen des Landes bestätigen, dass in den Ortslagen Erkner und Neu Zittau Verkehrsbelastungen von bis zu 17.000 Kfz/24 h auftreten. Es bleibt Aufgabe der gemeinsam vor Ort planerisch Zuständigen, geeignete Maßnahmen zur Entlastung der Ortsdurchfahrten zu entwickeln.“

Es ist also notwendig, weiterhin beharrlich dranzubleiben.

Impressum:
Linke Politik im Kreistag Oder-Spree – Informationen der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de; Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden
Redaktionsschluss: 22. Juni 2022
Auflage: 1 000 Exemplare
Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech